

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 237 51 51

Fax Redaktion (075) 237 51 55

Fax Inserate (075) 237 51 66

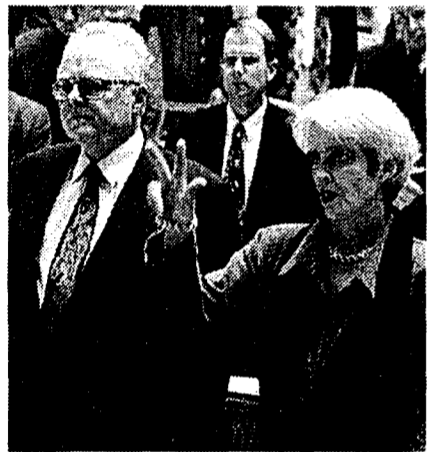
Amtliches Publikationsorgan

90 Rp.

AKTUELL

Zwei Neumitglieder im Nationalrat vereidigt

Im Nationalrat sind am Montag die letzte Session vor den Wahlen noch zwei Neumitglieder vereidigt worden. Der 60jährige Rudolf Rohr (FDP/AG) ersetzt den am 2. August im Alter von 61 Jahren verstorbenen Rolf Mauch. Rohrs Gastspiel wird nur ein kurzes sein; er kandidiert bei den Nationalratswahlen 1995 nicht mehr, wie beim FDP-Parteisekretariat zu erfahren war. Rohr ist Direktor des Redressement National. Für den nach 24 Jahren Ratszugehörigkeit im Juni zurückgetretenen Franz Jaeger (LdU/SG) rückt Barbara Eberhard-Halter nach. Die 50jährige St. Galler LdU-Abgeordnete und gelernte Ärztin will im Herbst ihren geerbten Sitz verteidigen.



Barbara Eberhard-Halter und Rudolf Rohr legten gestern im Nationalrat den Eid ab.

Bundesrat erlässt der Wirtschaft 280 Millionen

Der Bundesrat erlässt der Wirtschaft ab 1996 rund 280 Millionen Franken bei der Mehrwertsteuer. Erleichterungen gibt es insbesondere bei den Geschäftsspesen, wie Bundesrat Otto Stich am Montag bekanntgab. Die im Grundsatz bereits im Juni beschlossenen Änderungen in der Mehrwertsteuer-Verordnung sehen unter anderem vor, dass Aufwendungen für geschäftlich genutzte Personenwagen ab dem 1. Januar 1996 voll und nicht mehr wie bisher bloss zur Hälfte als Vorsteuer abgezogen werden können. Allein diese Neuregelung wird Einnahmehausfälle in der Grössenordnung von 160 Millionen Franken bringen.

St. Gallen gegen Zürcher Eisenbahnpläne

St. Gallen will nicht auf die direkten Zugverbindungen nach München und Stuttgart verzichten. Vertreter der Stadtregierung kritisierten am Montag eine Studie der Zürcher Stadtregierung, wonach die Verbindungen nach Deutschland künftig über eine neue Achse nördlich des Bodensees geführt werden sollen. Werden die internationalen Züge nach München und Stuttgart künftig nicht mehr über St. Gallen, sondern über eine neue Achse nördlich des Bodensees geführt, würde St. Gallen und die ganze Region auf ein Stumpengeleise gezwungen, sagte der St. Galler Stadtmann Heinz Christen an einer Pressekonferenz.

Dekane kritisieren Bischof Haas

Die Gruppe der 14 Dekane im Bistum Chur hat Bischof Wolfgang Haas wegen einer Domherren-Ernenennung scharf kritisiert. Mit der Ernennung von Kaplan Pius Venzin aus Segnas (GR) habe Haas Weihbischof Peter Henrici brüskiert und seine alte Politik der Spaltung weitergeführt, teile die Gruppe am Montag mit.

Staatsbeiträge für ökologische Landwirtschafts-Leistungen

Regierung schlägt dem Landtag die Schaffung eines Abgeltungsgesetzes für ökologische und tiergerechte Leistungen vor – Für 1996 vorgesehen

(G.M.) – Die Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume, die bodenschonende Bewirtschaftung sowie die umweltschonende und tiergerechte Betriebsführung sollen künftig mit staatlichen Beiträgen abgelten werden. Die Regierung hat dem Landtag einen Entwurf für ein Abgeltungsgesetz unterbreitet, das bereits im nächsten Jahr in Kraft treten soll. Das Gesetz wird das bisherige Bodenbewirtschaftungsgesetz ablösen.

In der Landwirtschaftspolitik gehen nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel die Bestrebungen dahin, die produktionsabhängige Stützung der Landwirtschaft durch produktunabhängige Direktzahlungen zu ersetzen. Das Direktzahlungsgesetz, das zur Einkommensverbesserung der Landwirte beitragen soll, ist bereits im Februar 1995 in Kraft getreten. Ein nächster Schritt wird mit der Abgeltung ökologischer Leistungen getan, der die Landwirtschaft in der Zukunft verstärkt auf die Beachtung ökologischer Grundsätze ausrichtet.

Leistungsbezogene Beiträge

Im Gegensatz zum Direktzahlungsgesetz, das produktunabhängige Beiträge vorsieht, geht es beim vorgelegten Abgeltungsgesetz um leistungsbezogene Zahlungen an die Landwirtschaft. Das Abgeltungsgesetz beweckt im Unterschied zum Direktzahlungsgesetz nicht eine Verbesserung des bäuerlichen Einkommens, sondern die Entschädigung der Landwirte für ganz spezifische Leistungen: «Erst wenn ein Landwirt eine ganz spezifische ökologische Leistung erbringt, erhält er die dafür vorgesehene Abgeltung». Im Zentrum der Massnahmen, um eine ökologischere und tiergerechtere Landwirtschaft aufzubauen, steht die Förderung der Bewirtschaftung naturnaher Lebensräume. Diese Massnahme ist unmittelbar darauf ausgerich-

tet, Lebensräume zu erhalten und eine natürlich ausgewogene Artenzusammensetzung wiederherzustellen. Abgeltungen gibt es nach der Gesetzesvorlage für die Bewirtschaftung extensiv genutzter Flächen, wenig intensiv genutzter Wiesen und den Hochstamm-Feldobstbau.

Bodenschonende Bewirtschaftung

Weitere Massnahmen betreffen die bodenschonende Bewirtschaftung sowie die umweltschonende und tiergerechte Betriebsführung. In diesem Bereich sieht

die Vorlage Abgeltungen für die integrierte Produktion, für den Biologischen Landbau und die Kontrollierte Freilandhaltung vor. In der Integrierten Produktion werden biologische, technische und chemische Massnahmen aufeinander abgestimmt. Beim Biologischen Landbau wird konsequent auf chemisch-synthetische Düngemittel- und Pflanzenbehandlungsmittel verzichtet, während die Kontrollierte Freilandhaltung vom Tierhalter verlangt, dass er seinen Nutztieren einen geregelten Auslauf ermöglicht.

Nach den Vorstellungen der Regierung sollen die Abgeltungsbeiträge erstmals im nächsten Jahr ausgerichtet werden. Für 1996 werden Zahlungen von 1,719 Mio. Fr. erwartet.

Nach Angaben der Regierung handelt es sich dabei nicht um reine Mehrkosten, da bisher über das Bodenbewirtschaftungsgesetz rund 720 000 Fr. für ökologische Leistungen aufgewendet wurden. Das Ressort Landwirtschaft rechnet in Zukunft mit jährlichen Kosten von etwa 2,3 Mio. Fr.

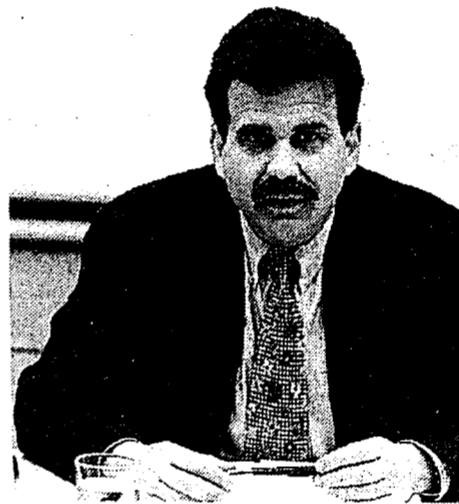
Direktzahlungen, Abgeltungen, Berggebietsförderung

Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel über drei wichtige Landwirtschaftsgesetze

(G.M.) – Die Landwirtschaftspolitik befindet sich in unserem Land in einer entscheidenden Umbruchphase. Nach dem Direktzahlungsgesetz, das bereits in Kraft getreten ist, liegt dem Landtag ein Abgeltungsgesetz vor. In Vorbereitung befindet sich ein drittes Gesetz über die Förderung der Landwirtschaft in den Berggebieten.

Die Direktzahlungen an die Landwirtschaft, die in diesem Jahr begannen, sind nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel bei den Bauern gut angekommen. Alle Landwirte kommen in den Genuss dieser Direktzahlungen zur Einkommensverbesserung, wenn sie die im Gesetz enthaltenen Auflagen erfüllen. Die Ausrichtung von Beiträgen, unabhängig von der Produktion eines bestimmten Landwirtschaftsproduktes, verschafft den Landwirten nach Ansicht von Regierungschef-Stellvertreter Büchel neue Freiheiten. Bis diese Massnahmen jedoch richtig greifen, dauert es nach seiner Darstellung noch einige Zeit.

Beim Abgeltungsgesetz geht es um



Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel: Jetzt Vorlage eines Abgeltungsgesetzes für ökologische Leistungen, anschliessend Förderung der Berglandwirtschaft.

die Ausrichtung leistungsbezogener Beiträge, wenn der Landwirt ökologische Leistungen erbringt. Neben

Beiträgen an naturnahe und bodenschonende Bewirtschaftung wird nach den Worten von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel auch der gesamte Bereich des biologischen Landbaus miteinbezogen. Immer mehr Bauern gehen jetzt schon dazu über, ihre Landwirtschaft auf Bio-Produktion umzustellen. Nicht mehr die möglichst hohe Produktion einzelner Produkte steht im Vordergrund, sondern die umwelt- und landschaftsschonende Erzeugung naturnaher Landwirtschaftsprodukte.

Nach Auskunft von Regierungschef-Stellvertreter Thomas Büchel wird derzeit eine Vernehmlassung für ein drittes Landwirtschaftsgesetz durchgeführt, das die Förderung der Berglandwirtschaft in den Mittelpunkt stellt. Der Erhaltung und Förderung der Landwirtschaft in den höheren Lagen, die teilweise andere Produktionsmethoden als im Talraum erfordert, gilt das Augenmerk: Der Kreis der modernen Landwirtschaftsgesetze soll damit geschlossen werden.

Fragen zur regionalen und internationalen Jugendarbeit erörtert

Arbeitsgespräch der für Jugendfragen zuständigen Regierungsräte aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein gestern in Vaduz

(s.e.) – Die regionale Jugendarbeit stand gestern im Mittelpunkt eines Arbeitsgesprächs, das Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, Inhaberin des Ressorts Jugend, mit Regierungsrat Alex Oberholzer, Vorsteher des Departements des Innern St. Gallen, und Landesrätin Dr. Eva Maria Waibel, zuständiges Regierungsmitglied für Jugend und Familien in Vorarlberg, in Vaduz führte.

Das Treffen der Jugendminister aus Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein fand erstmals 1987 auf Initiative des damaligen Ressortinhabers, Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille, in

Liechtenstein statt und wurde in der Folge 1989 in Bregenz und 1992 in Altstätten wiederholt. Erörtert werden bei dieser Zusammenkunft jeweils generell Fragen rund um die Jugendarbeit in den drei Regionen. Darüber hinaus wird aber auch über das gemeinsame Vorgehen in bezug auf die internationale Jugendarbeit und den Jugendaustausch beraten. Die internationale Plattform wird mittlerweile von 20 Ländern oder Regionen getragen. Im Rahmen der Zusammenarbeit von Vorarlberg, St. Gallen und Liechtenstein hat im vergangenen Oktober in Rorschach ein grosses Seminar zum Thema «Jugend-

arbeit in den Gemeinden» stattgefunden, an dem Mitglieder der Jugendpflegekommissionen aus den Gemeinden und Jugendpflegearbeiter teilgenommen haben. Die Regierungsmitglieder sind aufgerufen, jeweils einen lokalen Beitrag in die Diskussion einzubringen. Wie Regierungsrätin Andrea Willi gestern vor Beginn des Treffens auf Anfrage gegenüber dem VOLKSBLATT sagte, werde sie das in Liechtenstein erfolgreiche Modell der Jugendkarte vorschlagen und neben den Förderungsrichtlinien für die Jugendarbeit unter anderem die jugendpolitischen Leitbilder zur Sprache bringen. Zur Un-

terstützung der Regierungsmitglieder haben am gestrigen Treffen auch die für Jugendfragen zuständigen Beamten teilgenommen.

Liechtensteinerseits beteiligten sich Mag. Rainer Gstöhl, Leiter des Kinder- und Jugenddienstes beim Amt für Soziale Dienste und Amtsleiter-Stellvertreter Dr. Marcus Büchel an den gestrigen Gesprächen. Im Anschluss an das Arbeitsgespräch stand ein Besuch des Jungentreffs «Camäleon» in Vaduz auf dem Programm und am frühen Abend wurden die Regierungsdlegationen auf Schloss Vaduz empfangen.



Auf Einladung von Regierungsrätin Dr. Andrea Willi fand gestern ein weiteres regionales Treffen zur Jugendarbeit statt, an dem auf Regierungsebene aus St. Gallen Regierungsrat Alex Oberholzer und für Vorarlberg Landesrätin Dr. Eva Maria Waibel teilgenommen haben.



Nach einem gemeinsamen Besuch des Jungentreffs «Camäleon» im Anschluss an das Arbeitsgespräch wurden die Regierungsvertreter auf Schloss Vaduz empfangen. Das Bild zeigt sie zusammen mit Landesfürst Hans-Adam. (Bilder: vito)